

## Deutsche Besetzung und polnisches Schulwesen. Posen 1939–1945.

von Eva Krafczyk

Zwei Wochen nach dem deutschen Überfall auf Polen, am 14. September 1939, übernahm der ehemalige Gaugeschäftsführer der Danziger NSDAP und Fraktionsvorsitzende der NSDAP im Danziger Stadtparlament, Arthur Greiser, die Zivilverwaltung in Posen. Sein Programm gab er bereits eine Woche nach Amtsantritt bekannt: Das von ihm verwaltete Gebiet werde „deutsch sein und bleiben, dafür wird mit den großzügigsten Mitteln gesorgt“.<sup>1</sup> Mit der Eingliederung westpolnischer Gebiete in das Deutsche Reich wurde Greiser im Oktober 1939 Reichsstatthalter des Reichsgaus Posen, der im Januar 1940 nochmals in „Reichsgau Wartheland“ umbenannt wurde.<sup>2</sup> Gleichzeitig stand er als Gauleiter an der Spitze der NSDAP im Warthegau und vereinte so die beiden wichtigsten Machtfunktionen.<sup>3</sup>

Der Reichsgau umfaßte ein Gebiet von 43 943 km<sup>2</sup> und eine Bevölkerung von 4,5 Millionen Menschen in den Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Kalisch.<sup>4</sup>

Die deutschen Zivilverwaltungen in Polen hatten lange Zeit keine einheitliche Linie in ihrer Schulpolitik, deren Merkmale vielmehr Improvisa-

---

<sup>1</sup> Zit. in: Hans Umbreit, *Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens.* Stuttgart 1977, S. 89 (Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. 8.).

<sup>2</sup> Czesław Łuczak, „Kraj Warty“ 1939–1945. Studium historyczno-gospodarcze okupacji hitlerowskim „Warthegau“ 1939–1945 (Wirtschaftsgeschichtliche Studie zur nationalsozialistischen Besetzung des „Warthegau“ 1939–1945). Poznań 1972, S. 10. Łuczak weist darauf hin, daß durch diese Umbenennung nochmals eine Abgrenzung der früheren Provinz Posen (sowohl als polnisches Teilungsgebiet als auch als polnische Wojewodschaft) von dem „neuen Gebiet“ des Reiches vollzogen wurde.

<sup>3</sup> Greiser wurde 1897 in Schroda/Provinz Posen geboren. 1924 gehörte er zu den Gründern des Frontkämpferbundes „Der Stahlhelm“ in Danzig, 1928 trat er der NSDAP und der SA bei, 1930 wurde er Mitglied der SS. Gegenüber den Polen nahm Greiser eine ausgesprochen feindliche Haltung ein. Seine Aktivitäten waren eng mit denen Himmlers verbunden, was seine anfänglich ziemlich schwache Position in der Parteihierarchie schnell festigte. Czesław Madajczyk, *Die Okkupationspolitik Nazi-deutschlands in Polen 1939–1945.* Berlin 1987, S. 40 f.; Robert Wistrich, *Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon.* München 1982, S. 123 f.

<sup>4</sup> Madajczyk, *Okkupationspolitik* (wie Anm. 3), S. 36. Der Sitz des Regierungspräsidenten von Kalisch wurde im Februar 1940 in das in „Litzmannstadt“ umbenannte Lodz verlegt.

tion und Widersprüchlichkeiten waren. Das ideologische Konzept der Besatzungspolitik insgesamt ging von der rassistischen Unterlegenheit der Polen aus. Nicht von ungefähr spielten deshalb der „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ und Überlegungen des Rassepolitischen Amtes der NSDAP eine wichtige Rolle bei der Frage nach der Behandlung der Bevölkerung. Der Schulpolitik kam vor allem negative Bedeutung zu; sie sollte den Bildungsstand der Polen niedrig halten und die Herausbildung neuer Eliten verhindern.<sup>5</sup>

Überlegungen zur Schul- und Bildungspolitik in Polen bildeten sich jedoch erst seit dem September 1939 zu einer durchgängigen Linie in den Konzepten und Richtlinien der deutschen Besatzungspolitik in Polen aus.

Im November 1939 erstellten Dr. Erhard Wetzel und Dr. Gerhard Hecht vom Rassepolitischen Amt der NSDAP eine Denkschrift unter dem Titel „Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemals polnischen Gebiete nach rassepolitischen Gesichtspunkten“, in der die Zielsetzung der Schulpolitik folgendermaßen dargestellt wurde: „Polnische Schulen gibt es in den Ostgebieten künftig nicht mehr. Insgesamt aber gibt es nur deutsche Schulen mit selbstverständlich betont nationalsozialistischem völkischen Unterricht. Polen und noch nicht einwandfrei eingedeutschte Angehörige der deutsch-polnischen Zwischenschichten dürfen deutsche Universitäten und Fachschulen sowie höhere und Mittelschulen nicht besuchen. (...) Die polnische Intelligenz muß restlos und umgehend in das Restgebiet abgeschoben werden (...)“<sup>6</sup>

Im Abschnitt über die Behandlung der Polen und Juden in „Restpolen“ (also dem Generalgouvernement) wurden die Autoren noch deutlicher: „Die Universitäten und sonstige Hochschulen, die Fachschulen wie die höheren und mittleren Schulen sind stets Mittelpunkt polnisch-chauvinistischer Erziehung gewesen und deshalb grundsätzlich zu schließen.

<sup>5</sup> In einer Unterredung im Herbst 1940 z. B. hatte Hitler gefordert: „Unbedingt zu beachten sei, daß es keine ‚polnischen Herren‘ geben dürfe; wo polnische Herren vorkommen, sollten sie, so hart das klingen möge, umgebracht werden.“ Aktenvermerk Martin Bormanns, zitiert bei Martin Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945*. Stuttgart 1961, S. 24.

<sup>6</sup> Unter den Begriff der polnischen Intelligenz fielen für die Verfasser der Denkschrift vor allem polnische Geistliche, Lehrer und Hochschullehrer, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Offiziere, höhere Beamte, Großkaufleute, Großgrundbesitzer, Schriftsteller, Redakteure, sowie sämtliche Personen, die eine höhere oder mittlere Schulbildung besaßen. Erhard Wetzel, Gerhard Hecht, *Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemals polnischen Gebiete nach rassepolitischen Gesichtspunkten*, 25. 11. 1939, abgedruckt in: *Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne w Polsce. Wybór dokumentów* (Das nationalsozialistische Besatzungs„recht“ in Polen. Dokumentensammlung). Cz. I, hrsg. v. Karol Marian Pośpieszalski. Poznań 1952, S. 2–28 (Documenta Occupationis Teutonicae. 5).

Allein Volksschulen werden gestattet, sie haben jedoch nur einfachstes Grundwissen, Rechnen, Lesen, Schreiben zu vermitteln. Ein Unterricht in den völkisch wichtigen Fächern Erdkunde, Geschichte, Literaturgeschichte sowie Turnen ist ausgeschlossen. Dafür aber ist eine Vorbereitung auf landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und einfache industrielle und handwerkliche Berufe durch die Schule vorzunehmen.<sup>7</sup>

Ähnliche Gedanken entwickelte auch Himmler in seiner Denkschrift „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ (Mai 1940): „Für die nichtdeutsche Bevölkerung darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich.“<sup>8</sup>

Auch die Funktion der polnischen Lehrer spielte eine Rolle in den „rassepolitischen Überlegungen“. Sie wurden vor allem als eine Bedrohung bei der Durchsetzung der nationalsozialistischen Pläne betrachtet: „Da der polnische Lehrer und zum Teil noch stärker die polnische Lehrerin hervorragende und politisch sehr ernst zu nehmende Träger des polnischen Chauvinismus sind, wird man sie kaum im Volksschuldienst belassen können. Es erscheint deshalb nicht unzweckmäßig, späterhin ausgesiente Polizisten der polnischen Polizei des Restgebietes zu beauftragen, an solchen Volksschulen Lehrer zu werden. Damit erübrigt sich die Gründung von Lehrerbildungsstätten. Polnische Lehrerinnen sind sofort und

<sup>7</sup> Wetzell, Hecht, Frage (wie Anm. 6).

<sup>8</sup> Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, in: Vierteljahrshfte für Zeitgeschichte 5 (1957), S. 194–198. Diese Vorstellungen wurden auch von Hitler geteilt, wie die Protokolle der Tischgespräche beweisen. So sagte Hitler beispielsweise Anfang März 1942, von den gesamten Ostgebieten sprechend: „Wir dürfen vor allem die deutschen Schulmeister nicht loslassen auf die Ostgebiete. Wir verlieren sonst die Eltern und die Kinder. Wir verlieren das ganze Volk, weil ihm das Eingetrichterte nichts nützt. Am besten wäre es, man lehrte sie bloß eine Zeichensprache verstehen.“ Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941/1942. Stuttgart 1963, S. 190. In einem weiteren Gespräch am 22. Juli 1942 sprach Hitler ähnliche Vorstellungen wie Himmler in seiner Denkschrift aus: „(...) dürfte der nichtdeutschen Bevölkerung auch keinesfalls höhere Bildung zugestanden werden. (...) Man müsse ihnen zwar Schulen geben (...). Man dürfe sie in ihnen aber nicht mehr lernen lassen als höchstens die Bedeutung der Verkehrszeichen. Inhalte des Geographie-Unterrichts dürfe im großen und ganzen nur sein, daß die Hauptstadt des Reiches Berlin heiße und jeder in seinem Leben einmal in Berlin gewesen sein müsse. Darüber hinaus genüge es vollkommen, wenn die nichtdeutsche Bevölkerung (...) etwas Deutsch lesen und schreiben lerne; Unterricht im Rechnen und dergleichen sei überflüssig.“ Picker, Tischgespräche, S. 469 f.

in jedem Falle vom Unterricht ausgeschlossen, da sie einen ungleich höheren Einfluß auf die politische Erziehung der Kinder besitzen als der Lehrer.“<sup>9</sup>

In der Praxis setzte die deutsche Schulpolitik in Polen jedoch nicht erst im November 1939 oder Mai 1940 ein, sondern bereits im September oder Oktober. Die örtliche Verwaltung gestaltete das Schulwesen also bereits, ehe eine übergeordnete politische Linie ersichtlich wurde.

Im Gebiet des „Warthelandes“ gab es während der ersten Wochen der Besetzung vor allem auf dem Land viele Ortschaften, die nicht sofort militärisch besetzt wurden. Die Zivilverwaltung wurde vielerorts erst im Lauf des Oktobers organisiert. Diese Situation gestattete den Lehrern, den Schulbetrieb in Eigeninitiative aufzunehmen. So begannen im September 1939 in insgesamt 18 Kreisen der früheren Wojewodschaft Posen 87 Schulen mit dem neuen Schuljahr.<sup>10</sup> Am ehesten war dies in kleinen Orten oder an Grundschulen mit nur einem Lehrer möglich, da hier nicht unmittelbar die Repressionen der Besatzungsbehörden und der Terror der Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und SS einsetzten.<sup>11</sup>

Universitäten und Oberschulen blieben dagegen geschlossen und erhielten von den deutschen Behörden auch keine Erlaubnis zur Wiederaufnahme des Unterrichts.<sup>12</sup> Im übrigen konnte im Bereich Posen ebenso wie in anderen polnischen Gebieten das Schuljahr 1939/40 wegen der Mobilisierung zahlreicher Lehrer und der Evakuierung der Schulbehörden in die östlichen Landesteile nicht wie üblich am 1. September beginnen. Lehrer, die im deutsch-polnischen Grenzgebiet lebten, hatten zudem ihren Wohnort mitunter aus eigenem Antrieb verlassen, um in grenzferneren Landesteilen Zuflucht vor den Kampfhandlungen und eventuellen Ausschreitungen der ansässigen Deutschen zu suchen.<sup>13</sup>

Im Zusammenhang mit der Rückkehr evakuierter Lehrer begannen weitere Schulen mit dem Unterricht. Ende 1939 hatten bereits 345 polnische

<sup>9</sup> Wetzel, Hecht, Frage (wie Anm. 6).

<sup>10</sup> Marian Walczak, Wielkopolska konspiracja oświatowa 1939–1945 (Großpolnische Untergrundbildung 1939–1945). Warszawa 1972, S. 235.

<sup>11</sup> Marian Walczak, Działalność oświatowa i martyrologia nauczycielstwa polskiego 1939–1945 (Bildungstätigkeit und Martyrium der polnischen Lehrer 1939–1945). Wrocław 1987, S. 31.

<sup>12</sup> Wiesław Głębocki, Karol Morawski, Kultura walcząca. Z dziejów kultury polskiej w okresie wojny i okupacji (Kämpfende Kultur. Zur Geschichte der polnischen Kultur im Umfeld von Krieg und Okkupation). Warszawa 1985, S. 17.

<sup>13</sup> Marian Walczak, Nauczyciele Wielkopolscy w latach wojny i okupacji 1939–1945 (Die Lehrer Großpolens in den Jahren von Krieg und Okkupation 1939–1945). Poznań 1974, S. 17 (Badania nad okupacją niemiecką w Polsce. 13.).

Schulen im „Wartheland“ mit 991 Lehrern und 58 255 Schülern den Unterricht aufgenommen.<sup>14</sup>

Mit den Bereichen Wissenschaft und Bildung befaßte sich im Warthegau die Abteilung Erziehung, Unterricht, Kultur und Gemeinschaftspflege, die dem Reichsstatthalter untergeordnet war. Der Leiter dieser Abteilung war Bernhard Sprenger aus Frankfurt/Oder. Den Regierungspräsidenten hingegen unterstanden die Abteilung Erziehung und Bildung in den einzelnen Regierungsbezirken, denen wiederum die Schulämter in Städten und Landkreisen nachgeordnet waren.<sup>15</sup>

Eine unabhängige und eigenständige Schulverwaltung gab es im Warthegau hingegen nicht. Übergeordnetes Zentralorgan war das Reichserziehungsministerium (REM) in Berlin. Der Organisationsrahmen war für das gesamte Reich, einschließlich der annektierten Gebiete, einheitlich.<sup>16</sup> Unabhängig von der Schulverwaltung mischten sich jedoch oft auch die NSDAP, das Reichsministerium des Innern und der Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums in die Schulpolitik ein.<sup>17</sup>

So wurden beispielsweise die Überlegungen über die Art des Volksschulunterrichts für polnische Kinder, die Ende 1939 im Reichserziehungsministerium angestellt wurden, von möglichen Direktiven des Reichsministeriums des Innern für die volkstumpolitische Behandlung der polnischen Arbeiter und der Entscheidung über eine Eindeutschung polnisch sprechender Bevölkerungsteile abhängig gemacht.<sup>18</sup>

Wie in anderen Lebensbereichen im Warthegau gab es auch an den Schulen eine strikte Trennung von Polen und Deutschen. Die Gutachter des REM vertraten die Ansicht, es solle für Polen nur einfachste Volksschulen geben, deren Unterricht nur elementare Kenntnisse vermitteln dürfe. Der Unterricht sollte in polnischer Sprache erteilt werden. Die Schüler sollten nur geringe Deutschkenntnisse erhalten — gerade genug, um später Anordnungen und Befehle zu verstehen und auszuführen.<sup>19</sup>

<sup>14</sup> Walczak, *Nauczyciele* (wie Anm. 13), S. 19.

<sup>15</sup> Maria Banasiewicz, *Polityka naukowa i oświatowa hitlerowskich Niemiec na ziemiach polskich „wcielonych“ do Trzeciej Rzeszy w okresie okupacji 1939–1945* (Wissenschafts- und Bildungspolitik Hitlerdeutschlands in den dem Dritten Reich „eingegliederten“ Gebieten während der Okkupation 1939–1945). Poznań 1980, S. 22 (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Seria historia. 88.).

<sup>16</sup> Dagegen gab es im sogenannten Generalgouvernement, das als polnisches Restgebiet unter deutscher Verwaltung verstanden wurde, eine eigenständige Schulverwaltung mit zentralem Sitz in Krakau.

<sup>17</sup> Banasiewicz, *Polityka* (wie Anm. 15), S. 24.

<sup>18</sup> Dies betraf vor allem das sogenannte „schwebende Volkstum“ und Deutschstämmige, die sich schon lange an ihre polnische Umgebung assimiliert hatten. Madajczyk, *Okkupationspolitik* (wie Anm. 3), S. 343.

<sup>19</sup> Ebenda.

Die ersten behördlichen Maßnahmen gegen das polnische Schulwesen im Warthegau gingen von einer Verordnung Greisers vom 20. September 1939 aus. Greiser ordnete an, daß alle nicht benötigten Lehrer bis zum Ende des Jahres 1939 entlassen werden sollten. An den öffentlichen Schulen sei ab sofort Deutsch als Hauptlehrfach einzuführen.<sup>20</sup> In der Unterrichtssprache für polnische Kinder wichen die örtlichen Besatzungsbehörden also deutlich von der Linie des Reichserziehungsministeriums ab.

In den darauffolgenden Jahren gab es noch mehrmals Differenzen im Zusammenhang mit der Sprachenfrage. Dabei wird aus den Quellen nicht deutlich, warum die Behörden im Warthegau einen deutschsprachigen Unterricht wünschten, während sie sich gleichzeitig deutlich gegen eine Eindeutschung der Polen aussprachen.<sup>21</sup>

Die Entlassung der Lehrer konnte nur rückgängig gemacht werden, wenn ihre „Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum“ zweifelhaft war. Alle polnischen Schulen wurden aufgrund einer Weisung Greisers bis auf weiteres geschlossen. Ihre Wiedereröffnung war vorgesehen, sobald sichergestellt war, daß Deutsch als Hauptfach unterrichtet werden konnte. Für jede polnische Schule sollte ein Staatskommissar bestimmt werden, der nach Möglichkeit ein deutscher Lehrer sein sollte.<sup>22</sup>

Auf Kreisebene wurden die polnischen Lehrer allerdings nicht immer entlassen, da keine Deutschen vorhanden waren, die den Unterricht hätten fortsetzen können.<sup>23</sup> Unter der Bedingung, den Unterricht in deutscher Sprache durchzuführen, durften sie weiterarbeiten. Gleichzeitig wurde den Lehrern mitgeteilt, daß Geschichte und Geographie, teilweise

<sup>20</sup> Verordnung über die Einführung der deutschen Sprache in allen Schulen, zit. in: „Prawo“ (wie Anm. 6), S. 62 f.

<sup>21</sup> So stellte Greiser am 23. Februar 1943 fest: „Unsere Volkstumspolitik ist getragen von völkischen und rassischen Notwendigkeiten. Es gibt zwischen dem Deutschen und dem Polen keine Gemeinschaft. Die Eindeutschung von Polen ist, abgesehen von zahlenmäßig geringen Ausnahmen, nicht nur unerwünscht, sondern nationalsozialistisch falsch. Der polnische Mensch kann und darf nicht germanisiert werden. Zur Sprachenfrage ist damit klargestellt, daß es falsch wäre, dem Polen zu verbieten, polnisch zu sprechen. Der Führer stellt daher eindeutig fest: ‚Ein fremdrassiges Volk, in deutscher Sprache fremde Gefühle ausdrückend, würde die Höhe und Würde unseres eigenen Volkstums durch seine eigene Minderwertigkeit kompromittieren.‘“ Rundschreiben des Reichsstatthalters I/SO, betr. Anwendung der deutschen Sprache durch Polen. Archiv des Instytut Zachodni Poznań (IZ), Dok. I—69.

<sup>22</sup> Chef der Zivilverwaltung Posen, Tagesbefehl Nr. 18, 25. September 1939. IZ, Dok I—501.

<sup>23</sup> Es gab sogar zuwenig deutsche Lehrer, die an den neugeschaffenen Schulen für deutsche Kinder hätten unterrichten können. Deswegen wurden an diesen Schulen anfangs polnische Lehrer benötigt, die entsprechend gut deutsch sprachen. Walczak, Nauczyciele (wie Anm. 13), S. 22.

auch Gesang, aus dem Unterrichtsprogramm zu streichen seien. Die wöchentliche Stundenzahl wurde auf 12 bis 18 Stunden gesenkt.<sup>24</sup>

In den Städten gingen die deutschen Behörden strenger vor. Außerdem wurden dort Schulgebäude als Truppenquartiere oder als Schulen für deutsche Kinder beschlagnahmt.<sup>25</sup> Für die polnischen Schüler standen nur die schlechtesten Schulgebäude zur Verfügung. In Posen waren im Herbst 1939 nur 16 Schulen mit 176 Lehrern und 9314 Schülern geöffnet. Im Schuljahr 1938/39 hatte es allein 70 Grundschulen gegeben.<sup>26</sup>

Dem Lehrplan wurden an polnischen Schulen noch mehr Beschränkungen auferlegt: Zum Jahreswechsel 1939/40 teilte ein deutscher Schulinspektor den in Posen unterrichtenden polnischen Lehrern mit, die Kinder sollten künftig nur noch Lesen, Schreiben und Rechnen lernen.<sup>27</sup>

Die Duldung einer begrenzten Zahl polnischer Schulen war jedoch nur vorübergehend. Bereits nach wenigen Wochen ordneten die Besatzungsbehörden Schulschließungen an. In Posen wurden im Oktober fünf Schulen, im November drei und im Dezember eine Schule geschlossen. Begründet wurden diese Maßnahmen unter anderem mit dem Bedarf der Schulgebäude für andere Zwecke oder dem Mangel an Heizmaterial.<sup>28</sup>

Ab September 1939 begann, gemäß einer Verfügung Greisers vom 20. September, die Registrierung aller Lehrer in den Städten und Kreisen des Warthegaus. In Posen wurde die Registrierung am 30. September durchgeführt; sie umfaßte nach Meldungen des Chefs der Sicherheitspolizei 348 Personen.<sup>29</sup> Offiziell diente die Aktion zur Erfassung „überflüssiger“ Lehrkräfte. Sie erleichterte jedoch vor allem die Arbeit der Polizei, die die Mehrzahl der Lehrer verhaftete und ins Generalgouvernement ausiedelte.<sup>30</sup> Unter dem Druck des Terrors — es fanden auch Massen-

<sup>24</sup> Walczak, *Działalność* (wie Anm. 11), S. 33; Głębocki, Morawski, *Kultura* (wie Anm. 12), S. 17.

<sup>25</sup> 85% der geöffneten Schulen befanden sich in Dörfern, während sich die restlichen 15% auf 25 Städte und Kleinstädte verteilten.

<sup>26</sup> Walczak, *Nauczyciele* (wie Anm. 13), S. 19.

<sup>27</sup> Barbara Bojarska, Marian Pośpieszalski, *Niemieckie szkoły dla dzieci polskich na terenie Poznania* (Deutsche Schulen für polnische Kinder im Gebiet von Posen), in: *Przegląd Zachodni* 1 (1972), S. 83. Ein entsprechender Runderlaß Greisers an die Landräte und Oberbürgermeister hatte schon am 9. Oktober die Grundsätze der deutschen Schulpolitik im Warthegau erläutert: Deutsch als Hauptfach, niedriges Unterrichtsniveau für die Polen, während die deutschen Schüler auf möglichst hohem Niveau unterrichtet werden sollten; Einsatz von Kreisschulkommissaren als Kontrollinstanz; vorläufige Duldung der polnischen Lehrer; keinesfalls gemeinsamer Unterricht für Polen und Deutsche. Walczak, *Działalność* (wie Anm. 11), S. 34.

<sup>28</sup> Walczak, *Nauczyciele* (wie Anm. 13), S. 21.

<sup>29</sup> Banasiewicz, *Polityka* (wie Anm. 15), S. 84.

<sup>30</sup> Bojarska, Pośpieszalski, *Niemieckie szkoły* (wie Anm. 27), S. 83 f.

erschießungen statt — gingen viele Lehrer, die noch nicht verhaftet worden waren, freiwillig ins Generalgouvernement. Eine kleine Gruppe der verbliebenen Lehrer arbeitete an den neugeschaffenen deutschen Schulen für polnische Kinder, in denen nur in deutscher Sprache unterrichtet werden durfte. Ihre Arbeit dauerte jedoch nicht lange. Am 28. Februar 1940 wurde jedem Lehrer persönlich seine Entlassung mitgeteilt. Es war den Lehrern verboten, ihren Beruf weiterhin im Bereich des Warthegaus auszuüben, sie mußten sich also eine andere Arbeit suchen. Vielfach arbeiteten diese Lehrer als Putzhilfen oder Bürodienner an deutschen Schulen.<sup>31</sup>

Mit der Entlassung der Lehrer wurden auch diejenigen Schulen, die bis dahin noch bestanden hatten, endgültig aufgelöst. Das polnische Schulwesen im Wartheland hatte nur sieben Monate lang bestehen können.

Am 1. März 1940 begann die Einrichtung der deutschen Schulen für polnische Kinder (sog. Polenschulen) und damit auch die Durchsetzung einer Schulpolitik, deren Ziel nicht nur nationale Trennung, sondern auch die Erziehung der polnischen Kinder zu gehorsamen, disziplinierten und nur minimal gebildeten Arbeitern war.

Entsprechende Richtlinien wurden am 26. März 1940 erlassen. Danach durften die polnischen Kinder nur von deutschen Lehrkräften und Hilfslehrkräften und in deutscher Sprache unterrichtet werden. Es galt, lediglich die einfachsten Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben, Sprechen und Rechnen zu vermitteln, damit der künftige deutsche Arbeitgeber „nicht genötigt (sei), sich des Polnischen zu bedienen“. Unter allen Umständen sollte vermieden werden, „die Polen so weit zu bilden, daß es ihnen gelingen könnte, sich als Deutsche auszugeben“.<sup>32</sup>

Dagegen wurde großer Wert auf Erziehung zu Ordnung, Sauberkeit, Disziplin und Anstand gelegt. Als „Anstand“ galt etwa das Verhalten im Unterricht wie gerades Sitzen, ordentliches Aufstehen usw. Der Schulpflicht unterlagen die polnischen Kinder im Alter von sieben bis 14 Jahren. Sie wurden ein Jahr später als ihre deutschen Altersgenossen eingeschult und ein Jahr früher entlassen. Zweieinhalb Stunden Unterricht pro Tag wurden als ausreichend angesehen; unter Umständen konnte die Unterrichtszeit auch auf eine Stunde täglich verkürzt werden.

Die Konzeption eines Schulwesens für polnische Kinder stand durchaus im Einklang mit den Vorstellungen, die in der bereits erwähnten Denkschrift zur „Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen

<sup>31</sup> Banasiewicz, *Polityka* (wie Anm. 15), S. 85.

<sup>32</sup> Rundschreiben des Regierungspräsidenten von Posen vom 26.3.1940, dokumentiert in: *Verbrechen an polnischen Kindern 1939–1954*, hrsg. von der Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in Polen. München 1973, S. 177 ff.



Gebiete nach rassepolitischen Gesichtspunkten“ und in Himmlers wenige Monate später erstellten Denkschrift „Zur Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ geäußert wurden.

Das REM als eigentliche Zentralbehörde für schulische Angelegenheiten in den eingegliederten Gebieten erließ im Juli 1940, zu einem Zeitpunkt also, zu dem die „Polenschulen“ bereits existierten, eigene Richtlinien zur Beschulung polnischer Kinder. Das REM stimmte zwar mit den Behörden des Warthegaus überein, daß das Unterrichtsniveau so niedrig wie möglich gehalten werden sollte, sah jedoch den Einsatz polnischer Lehrer und polnischsprachigen Unterricht vor.<sup>33</sup>

Die neuen Richtlinien stießen auf entschiedenen Widerstand des Posener Regierungspräsidenten Dr. Böttcher, der die bisher befolgten Richtlinien formuliert hatte. Ohnehin ein Vertreter des „harten Kurses“ in der Polenpolitik, vertrat er die Ansicht, daß die polnische Sprache und Kultur rücksichtslos zurückgedrängt werden müßten. In einem Brief an Greiser erklärte er: „(...) Ich halte es für äußerst gefährlich, jetzt nach 10 Monaten das Steuer wieder herumzuwerfen, insbesondere aber die polnischen Volksschulkinder polnischen Lehrkräften und ihrem Einfluß anzuvertrauen. Ich wäre dankbar, wenn der Erlaß des Herrn Kulturministers vom 16. 7. 1940 wieder aufgehoben und durch einen anderen ersetzt würde (...).“<sup>34</sup>

Einen offiziellen Organisationsrahmen und Lehrplan erhielten die deutschen Schulen für polnische Kinder jedoch erst Anfang Februar 1942. Die Schulpflicht für Polen sollte nunmehr nur noch fünf Jahre betragen und für 9–14jährige Schüler gelten. Eine frühere Entlassung konnte jedoch auch schon nach der Vollendung des 12. Lebensjahres stattfinden, „(...) wenn der arbeits- und berufsmäßige Einsatz der Jugendlichen erforderlich und möglich ist“. Der Unterricht durfte nur von deutschen Laienlehrkräften ausgeführt werden — fachlich ausgebildete Lehrer blieben den deutschen Schulen vorbehalten. Es war vorgesehen, einen deutschen

<sup>33</sup> Banasiewicz, *Polityka* (wie Anm. 15), S. 113; Madajczyk, *Okkupationspolitik* (wie Anm. 3), S. 344.

<sup>34</sup> IZ, Dok. I-97. Hierzu ist anzumerken, daß Böttcher ebenso wie der Regierungspräsident von Hohensalza versucht hatte, die polnische Sprache in der Öffentlichkeit zu unterdrücken. Wenn auch die Sprachenfrage im Schulwesen einheitlich entschieden wurde, gab es im „Alltagsgebrauch“ des Polnischen lange Zeit keine einheitliche Linie in der Polenpolitik im Warthegau. Erst 1943 ordnete Greiser an, den Gebrauch des Polnischen im Verkehr der Polen untereinander nicht zu unterbinden. Czesław Łuczak, *Dyskryminacja Polaków w Wielkopolsce w okresie okupacji hitlerowskiej. Wybór źródeł* (Die Diskriminierung der Polen in Großpolen während der nationalsozialistischen Okkupation. Eine Quellenauswahl). Poznań 1966, Dok. IX 1–8, S. 311–326.

Schulleiter mit der Beaufsichtigung einer oder mehrerer Schulen für polnische Kinder zu beauftragen, wobei er jedoch „in seiner Tätigkeit als Leiter seiner deutschen Schule nicht wesentlich behindert“ werden durfte.<sup>35</sup>

Die Formulierung der „Erziehungsziele“ stimmte fast wörtlich mit den Vorstellungen Himmlers überein: Sauberkeit, Ordnung, anständiges Benehmen und Gehorsam gegenüber den Deutschen. Die Unterrichtssprache war weiterhin Deutsch. Es sollte jedoch vermieden werden, durch systematische Rechtschreibe- und Grammatikübungen ein fehlerfreies Deutsch zu vermitteln. Die tägliche Unterrichtszeit konnte bis zu zwei Stunden dauern.<sup>36</sup>

In dem wenige Wochen später bekanntgegebenen Entwurf eines Lehrplanes nahmen neben den eigentlichen Unterrichtsinhalten (die vier Grundrechenarten, einfache und Zehnerbruchrechnung, Grundkenntnisse im Lesen und Schreiben) Ordnungs- und Arbeitsübungen erheblichen Raum ein. Diese Übungen sollten vom ersten bis zum letzten Tag des Schuljahres stetig und in straffer Form durchgeführt werden und umfaßten unter anderem „geraden und ausgerichteten Sitz während des Unterrichts, schnelles und straffes Aufstehen bei Aufruf, ordentliches Stehen, lautes Sprechen, Antreten in der Klasse und auf dem Hof, (...) korrektes und höfliches Verhalten gegenüber Erwachsenen“.<sup>37</sup>

Es wurde auch — ganz auf den späteren Arbeitseinsatz bezogen — Naturkunde unterrichtet, wobei insbesondere die Haltung und Pflege von Nutztieren und -pflanzen und die Erkennung und Bekämpfung von Schädlingen Schwerpunktthemen waren. In den beiden letzten Klassen war auch eine Art Erdkundeunterricht vorgesehen. Unterrichtsinhalte waren: „Überblick über Europa. Deutschland als das Herz Europas. Die deutschen Ostgaue. Gau Wartheland.“<sup>38</sup>

1944 stellten Beamte des REM nochmals Überlegungen zu einer einheitlichen Organisation des Schulwesens für polnische Kinder an. Gefordert wurde vor allem der Ausbau des polnischen Schulwesens, „um die polnische Jugend frühzeitig an Zucht und Ordnung zu gewöhnen und ihnen

<sup>35</sup> Schreiben des Reichsstatthalters an die Regierungspräsidenten in Litzmannstadt, Hohensalza und Posen, 5. Februar 1942. Archiwum Państwowe w Poznaniu (APP), Reichsstatthalter, 2374-1.

<sup>36</sup> Schreiben des Reichsstatthalters vom 5. Februar 1942. APP, Reichsstatthalter, 2374-1.

<sup>37</sup> Entwurf eines Lehrplans zur Beschulung der polnischen Kinder, 23. Februar 1942; IZ, Dok I-12.

<sup>38</sup> Ebenda. Bezeichnenderweise nahm die Auflistung der praktischen Arbeiten und der Ordnungsübungen in dem Lehrplan wesentlich mehr Platz ein als Übungen im Lesen oder Schreiben.

für den späteren Berufseinsatz nicht zu entbehrende elementare Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln“.<sup>39</sup>

In den Plänen des REM wurde weiterhin polnischsprachiger Unterricht und die Verwendung von loyalen polnischen Lehrkräften vorgeschlagen, da die deutschen Lehrkräfte meist nicht ausreichend Polnisch sprachen und ein bewußt falsch unterrichtetes Deutsch „im Hinblick auf die notwendige Achtung und Ehrfurcht vor unserer deutschen Muttersprache den Lehrkräften nicht zugemutet“ werden sollte. Auch sollte die Unterrichtsdauer wieder bis zum 14. Lebensjahr ausgedehnt werden, „da ein früherer Arbeitseinsatz — besonders in der Industriearbeit — die Gefahr in sich birgt, daß sich der Jugendliche nicht zu einem vollwertigen, kräftigen Arbeiter entwickelt“.<sup>40</sup>

Diese Vorstellungen wurden im Wartheland jedoch nicht mehr umgesetzt. Es wurde im Gegenteil versucht, die Arbeitspflicht auf immer jüngere Kinder auszudehnen. Im Mai 1944 erhielt der Reichsstatthalter ein vertrauliches Rundschreiben des Arbeitsministers, in dem er ersucht wurde, „die Beschäftigung von Ostarbeiter- und Polenkindern bis 10 Jahre in der gewerblichen Wirtschaft zuzulassen, wenn sie mit geeigneten leichteren, ihrer Leistungskraft entsprechenden Arbeiten beschäftigt werden, gegebenenfalls auch dann, wenn die Arbeitszeit über 4 Stunden täglich ausgedehnt wird“.<sup>41</sup>

Trotz der bereits drastisch beschränkten Unterrichtszeit kam es ständig zu Unterrichtsausfällen, da die Kinder in Verbindung mit den „Arbeitsübungen“ im Frühjahr, Sommer und Herbst Beeren, Pilze, Altmaterialien usw. sammeln mußten, während im Winter die Schulen oft wegen Brennstoffmangels geschlossen waren.<sup>42</sup>

Gegen den Einsatz polnischer Kinder bei Altmaterialsammlungen wurde jedoch unerwarteter Widerspruch aus dem Landwirtschaftsamt geäußert — selbstverständlich nicht aus Sorge um den Unterrichtsausfall. Die Einwände bezogen sich vielmehr darauf, „daß das Sammeln von Altmaterial bisher ein Ehrendienst in den deutschen Schulen sei, und daß es schwer vereinbar sei, auch polnische Schüler an dieser Ehrenpflicht teilha-

<sup>39</sup> Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 9. Februar 1944, zit. in: Banasiewicz, *Polityka naukowa i oświatowa* (wie Anm. 17), S. 198.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 198 f.

<sup>41</sup> Rundschreiben vom 5. Mai 1944, dokumentiert in: *Verbrechen an polnischen Kindern* (wie Anm. 132), S. 185 f.

<sup>42</sup> *Związek Nauczycielstwa Polskiego Wielkopolsce 1920–1961* (Verband der polnischen Lehrer Großpolens), hrsg. vom *Związek Nauczycielstwa Polskiego*. Poznań 1963, S. 89.

ben zu lassen. Empfehlenswert ist vielmehr, die Altstoffe, die von polnischen Schülern gesammelt würden, mäßig zu vergüten“.<sup>43</sup>

Pragmatischer denkende Beamte der Schulverwaltung ordneten jedoch an, den Einsatz polnischer Schüler bei den Sammelaktionen fortzusetzen. Dabei wurde von den polnischen Schülern mindestens der fünffache Ertrag eines deutschen Kindes erwartet; pro Kind sollten z.B. täglich 10 kg Heilkräuter gesammelt werden. Von den Lehrkräften wurde erwartet, daß sie sich „selbstverständlich (...) restlos für die Durchführung der Sammelaktion einsetzen“. Zwar gab es bei weitem nicht in allen Orten des Warthelands Schulen für polnische Kinder; bei der Durchführung der Sammelaktionen aber sollten alle verfügbaren Kinder eingesetzt werden: „In den Bezirken, in denen Schulen für polnische Kinder fehlen, sind die Amtskommissare anzuweisen, (...) alle polnischen Kinder vom 8.–12. Lebensjahr zusammenzufassen und sie unter Aufsicht einer polnischen invaliden Arbeitskraft der Lehrkraft der deutschen Schule zur Verfügung zu stellen. (...) den Ablieferungstermin bestimmt die deutsche Lehrkraft. Für das ordentliche Sammeln und die entsprechende Sauberkeit wird die polnische Aufsichtskraft verantwortlich gemacht. Die Ortsvorsteher sind anzuweisen, hier mit Schärfe vorzugehen“.<sup>44</sup>

Häufig lagen die „Polenschulen“ an den Randgebieten der Städte und waren in alten oder kriegsbeschädigten Gebäuden untergebracht.<sup>45</sup> Da die deutschen Behörden den Standpunkt vertraten, es seien keine Schulen für polnische Kinder zuzulassen, solange es nicht genügend deutsche Schulen gebe, reichte die Zahl der Polenschulen bei weitem nicht aus. So wurden in Posen in der Zeit vom 18. April bis zum 24. Juni 1940 lediglich fünf Schulen für polnische Kinder zugelassen. Nach Angaben vom 31. März 1941 wurden an diesen Schulen 11 100 Schüler in 180 Klassen von 88 Lehrern unterrichtet. Durchschnittlich entfielen auf einen Lehrer 126 Schüler, in der ersten Klasse „nur“ 64.<sup>46</sup>

<sup>43</sup> Landwirtschaftsamt an Leiter der Abteilung III, 1. Februar 1943. APP, Reichsstatthalter, 2383–326.

<sup>44</sup> Schreiben der Abteilung III an die Regierungspräsidenten von Posen, Hohensalza, Litzmannstadt, 15. April 1943. APP, Reichsstatthalter, 2383–326.

<sup>45</sup> Banasiewicz, Polityka (wie Anm. 15), S. 117.

<sup>46</sup> Bojarska, Pośpieszalski, Niemieckie szkoły (wie Anm. 27), S. 88. Gleichzeitig gab es im August 1941 allein auf dem Gebiet der Stadt und des Landkreises Posen eine Hauptschule, fünf höhere Schulen, zwei Berufsschulen, vier Berufsfachschulen, drei technische und gewerbliche Fachschulen, eine landwirtschaftliche Schule und eine höhere landwirtschaftliche Fachschule für deutsche Schüler. Die insgesamt 23 höheren Schulen für Deutsche, die im Dezember 1940 im gesamten Wartheland existierten, wurden von insgesamt 2137 Schülern besucht. Banasiewicz, Polityka (wie Anm. 15), S. 136.

Unter diesen Umständen konnte vom Unterricht nicht viel erwartet werden. Die Laienlehrkräfte waren ohnehin ohne Unterrichtserfahrung und wurden von den Schulräten aus anderen Berufen, häufig aus dem landwirtschaftlichen Bereich, angeworben. Nicht selten waren sie auch Frauen ohne jegliche Berufserfahrung.<sup>47</sup>

Der Unterricht für polnische Kinder mußte ohne Lehrbücher durchgeführt werden, da die Herstellung neuer Lehrmittel zunächst zugunsten der Schulbücher für deutsche Schulen zurückgestellt wurde.<sup>48</sup> Auch im späteren Verlauf der Besatzung wurden keine eigenen Bücher, Fibeln etc. für die polnischen Schüler eingesetzt. Zwar existierten an einigen Schulen einfache Lesebücher, Grammatikhefte u.ä. Sie blieben jedoch Ausnahmen, da es, wie schon erwähnt, das erklärte Ziel der deutschen Schulbehörden im Warthegau war, polnische Schüler kein korrektes Deutsch zu lehren.<sup>49</sup>

Neben dem Schulwesen unter deutscher Leitung und Kontrolle gab es für eine Minderheit der polnischen Schüler noch eine andere Form des Lernens: den geheimen Unterricht. Im polnischen Untergrundstaat war das geheime Schulwesen während der deutschen Besatzung eine von zahlreichen Formen des zivilen Widerstands. Es war allerdings auch in hohem Maße von den örtlichen Gegebenheiten abhängig. Auf dem Gebiet des Generalgouvernements etwa existierte ein legales Schulwesen mit polnischen Lehrern, die die verbotenen Fächer in oder nach der Schule unterrichteten. Daneben entstanden im Untergrund Schulbehörden, die die Anforderungen an den Unterricht in kleinen, heimlich lernenden Gruppen (sog. Komplets) bestimmten und überprüften. Die Komplets waren Teile größerer „Unterrichtszentren“.

Der Geheimunterricht in Posen unterschied sich stark von diesem Schulwesen im Untergrund mit seinem hohen Organisationsgrad: Eine Möglichkeit, den Unterricht an den Polenschulen zu unterlaufen, gab es nicht. Auch die Zahl der qualifizierten Lehrkräfte, die geheimen Unterricht organisieren konnten, war viel geringer, da viele Lehrer bereits im Herbst 1939 in das Generalgouvernement ausgesiedelt wurden oder dorthin geflohen waren. Außerdem war in Posen wie in anderen eingegliederten Gebieten das Sicherheitsrisiko wegen der größeren Zahl einheimischer und umgesiedelter Deutscher wesentlich höher.

Der erste, noch „spontane“ Geheimunterricht entstand in Posen nach

<sup>47</sup> Walczak, *Nauczyciele* (wie Anm. 13), S. 27.

<sup>48</sup> Walczak, *Działalność* (wie Anm. 11), S. 68.

<sup>49</sup> Banasiewicz, *Polityka* (wie Anm. 15), S. 124 f.

der Schließung der polnischen Schulen dank der Eigeninitiative einiger Lehrer. Er wurde vor allem für die jüngsten Schüler eingerichtet.<sup>50</sup> Auch Eltern, ältere Geschwister, Verwandte und Bekannte versuchten sich als Lehrer, um wenigstens Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen zu vermitteln.<sup>51</sup>

Ende 1939/Anfang 1940 machten einige in der Pfadfinderbewegung engagierte Lehrerinnen den ersten Versuch, in Posen ein Unterrichtszentrum zu organisieren. Die Mitarbeiter gehörten zum Bekanntenkreis der Leiterin, Irena Tarnowska.<sup>52</sup> Nicht alle von ihnen waren ausgebildete Lehrer. Es wurden auch Studenten und Schüler der höheren Klassen, zumeist Pfadfinder, als Lehrkräfte angeworben. So wurden etwa 16jährige Schüler für den Grundschulunterricht eingesetzt.<sup>53</sup> Insgesamt unterrichteten in diesem Zentrum rund 40 Lehrkräfte während der Besatzung etwa 800 Kinder.<sup>54</sup>

Ein zweites größeres Unterrichtszentrum in Posen entstand im Januar 1943 unter der Leitung von Stefan Wierzbanowski, der bereits 1940 zusammen mit seiner Frau individuell geheimen Unterricht erteilt hatte. Diese Tätigkeit war im Laufe der Zeit zu 15 Komplexen für etwa 80 Schüler erweitert worden. 1943 hatte Wierzbanowski bereits mit ungefähr 50 Lehrern Kontakt.<sup>55</sup>

Schüler der höheren Schulen griffen meist zur Selbsthilfe und lernten zunächst gemeinsam mit ihren ehemaligen Mitschülern aus ihren alten Schulbüchern. Diese Jugendlichen suchten mitunter Kontakt zu ihren früheren Lehrern, falls sich diese noch an ihrem alten Wohnort befanden. Aus anfänglichen Beratungen entwickelten sich zunächst einzelne Unterrichtsstunden und zuletzt regelmäßiger Geheimunterricht.<sup>56</sup> Allerdings wurde der Unterricht für diese Schüler durch den Mangel an qualifizierten Lehrkräften außerordentlich erschwert.

Im Februar 1942 wurde ein erster Versuch gemacht, das geheime Schulwesen im Warthegau einer zentralen Kontrollinstanz zu unterstellen. Die Initiative hierzu ging vom „Biuro Oświatowo-Szkolne Ziem Zachodnich“ („Schul- und Bildungsbüro der Westgebiete“) aus, das zunächst vor

<sup>50</sup> Walczak, *Nauczyciele* (wie Anm. 13), S. 31.

<sup>51</sup> Banasiewicz, *Polityka* (wie Anm. 15), S. 147.

<sup>52</sup> Walczak, *Wielkopolska konspiracja* (wie Anm. 10), S. 70.

<sup>53</sup> Bożena Osmólka, *Tajne nauczanie w czasie okupacji w Poznaniu* (Geheimunterricht in der Zeit der Besatzung in Posen), in: *Przegląd Zachodni* 12 (1946), S. 1053.

<sup>54</sup> Osmólka, *Tajne nauczanie* (wie Anm. 53), S. 1055.

<sup>55</sup> Walczak, *Wielkopolska konspiracja* (wie Anm. 10), S. 154.

<sup>56</sup> Ebenda.

allem im Gebiet des Generalgouvernements Bildungsarbeit für Schüler aus der Region Großpolen organisiert hatte.<sup>57</sup> Im Rahmen dieser Organisation wurde das konspirative Kuratorium des Posener Schulbezirks gegründet, das insbesondere den bisherigen individuellen Unterricht in das Netz des registrierten geheimen Schulwesens des Untergrundstaates einbinden sollte.<sup>58</sup>

Hiermit waren Mindestanforderungen an den Lehrplan und an die Qualifikation der Lehrkräfte verbunden, die sich allerdings letztlich nur auf eine Kontrolle des Unterrichts durch ausgebildete Lehrer beschränkten.<sup>59</sup>

Dagegen scheiterte der Versuch, im Frühjahr 1943 in Posen ein Zentrum für die höheren Schulen unter der gemeinsamen Leitung der aktivsten Lehrer und gleichzeitig Universitätskurse im Bereich der Geisteswissenschaften einzurichten, an zahlreichen Verhaftungen unter den konspirativ arbeitenden Pfadfindern. Gerade sie hatten sich als Schüler wie als Lehrer im Geheimunterricht engagiert. Es wurde jedoch gefürchtet, daß die deutschen Sicherheitsbehörden nach der Verhaftungsfolge bald Informationen über die Arbeit der Pfadfinder im geheimen Schulwesen besäßen.<sup>60</sup>

Umfragen, die in der Nachkriegszeit durchgeführt worden waren, ergaben die Beteiligung von 228 Lehrern am geheimen Unterricht in Posen. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich 182, waren Frauen. In Posen erhielten etwa 1 509 Kinder Grundschulunterricht, meist im Bereich der ersten vier Klassen. Insgesamt wird die Zahl der Schüler, die während des Krieges in Kompletts lernten, auf 1 800 geschätzt.<sup>61</sup>

Normalerweise umfaßte der geheime Unterricht Schüler im Alter zwischen sieben und sechzehn Jahren. Er wurde schwerpunktmäßig im Bereich der Grundschule, bis etwa zur siebten Klasse, erteilt. Meist wurden Geschichte, Polnisch und Mathematik unterrichtet, seltener Geogra-

<sup>57</sup> Józef Krasuski, *Szkolnictwo i oświata w Polsce w latach 1939–1945* (Schul- und Bildungswesen in Polen in den Jahren 1939–1945). Kielce 1975, S. 30; Michał Pollak, *Działalność Biura Szkolnego Ziem Zachodnich w czasie okupacji hitlerowskiej* (Die Tätigkeit des Büros für die Schulen der Westgebiete während der nationalsozialistischen Okkupation), in: *Studia i materiały do dziejów Wielkopolski i Pomorza* 4 (1958), z. 2, S. 285 ff.

<sup>58</sup> Stanisław Michalski, *Tajne nauczanie w Wielkopolsce w okresie okupacji* (Geheimunterricht in Großpolen während der Okkupation). Poznań 1968, S. 50.

<sup>59</sup> Edward Serwański, *Wielkopolska w cieniu swastyki* (Großpolen im Schatten des Hakenkreuzes). Warszawa 1970, S. 407.

<sup>60</sup> Antoni Czubiński, Zenon Szymankiewicz, *Konspiracja Wielkopolska 1939–1945* (Die Untergrundbewegung in Großpolen 1939–1945). Poznań 1988; Serwański, *Wielkopolska* (wie Anm. 59), S. 408.

<sup>61</sup> Walczak, *Wielkopolska konspiracja* (wie Anm. 10), S. 155 ff.

phie und die Naturwissenschaften. Musik, Sport und ähnliche Fächer mußten ausfallen, da sie zu auffällig waren. Am häufigsten wurde der Geheimunterricht zwei- bis dreimal wöchentlich sowie am Samstagnachmittag und Sonntag erteilt.<sup>62</sup>

Die meisten geheimen Lerngruppen bestanden aus jeweils zwei bis sechs Schülern, in einigen wenigen Fällen aus bis zu 15 Lernenden. Einige Lehrer unterrichteten ausschließlich ihre eigenen Kinder und deren Freunde oder Nachbarskinder, wenn diese für zuverlässig und verschwiegen gehalten wurden.<sup>63</sup>

Der Unterricht fand vor allem in Privatwohnungen statt. Gelegentlich wurde er aber auch in das Arbeitsleben „eingeschoben“, wenn beispielsweise während der Mittagspause in Geschäften, Lagerräumen usw. unterrichtet wurde.<sup>64</sup>

Um eine bessere Tarnung zu haben, nahmen die Schüler häufig Spielsachen, Karten- oder Schachspiele mit zum Unterricht. Ebenfalls als Vorsichtsmaßnahme bei Polizeikontrollen wurden die Schüler ermahnt, nur Hefte für den Unterricht zu verwenden, in denen keine Angaben über Schüler und Lehrer standen, und die keine Rückschlüsse auf Ort und Zeitpunkt des Unterrichts zuließen.<sup>65</sup>

Häufig erschwerte es das Ausmaß des Unterrichts, daß die Lehrer nur selten eine mehr oder weniger fiktive Arbeit vorgeben und unter diesem Schutz geheim unterrichten konnten. Im allgemeinen mußten sie zwölf Stunden täglich arbeiten und konnten erst anschließend unterrichten. Auch viele der älteren Schüler unterlagen der Arbeitspflicht.<sup>66</sup>

Die Versorgung mit Lehrbüchern und das eigenständige Lernen waren daher bedeutende Bestandteile des Unterrichts. Glück hatten etwa die Schüler der Posener Lehrerin Irena Tarnowska, die über eine Bibliothek von 1000 Bänden verfügte. Die Bücher wurden untereinander ausgetauscht und zum Teil durch private Sammlungen ergänzt.<sup>67</sup> Es gab aber auch Schüler, die ausschließlich auf ihre alten Schulbücher angewiesen waren. Auch die Laienlehrer waren trotz ihres guten Willens nicht unbedingt für ihre Arbeit qualifiziert. Das Niveau des Unterrichts und seine Ergebnisse waren daher sehr unterschiedlich.

Ein Problem bei der Einordnung der deutschen Schulpolitik und des

<sup>62</sup> Walczak, *Nauczyciele* (wie Anm. 13), S. 35.

<sup>63</sup> Związek (wie Anm. 42), S. 93.

<sup>64</sup> Walczak, *Wielkopolska konspiracja* (wie Anm. 10), S. 84.

<sup>65</sup> Związek (wie Anm. 42), S. 35.

<sup>66</sup> Walczak, *Nauczyciele* (wie Anm. 13), S. 38.

<sup>67</sup> Osmólka, *Tajne nauczanie* (wie Anm. 53), S. 1054.



geheimen Schulwesens in Posen in den Gesamtzusammenhang von Besatzungspolitik und Widerstand stellt das im Vergleich zum Generalgouvernement schlechte Quellenmaterial dar. Das liegt zum einen an der Haltung der deutschen Schulbehörden in Posen, die ihr besonderes Augenmerk auf das deutsche Schulwesen in ihrem Zuständigkeitsbereich richteten. In den einschlägigen Dokumenten hatte der Aufbau deutscher Schulen einen deutlich höheren Stellenwert als die Beschulung der polnischen Kinder.

Die polnische Widerstandsbewegung wiederum mußte in Posen größere Sicherheitsvorkehrungen treffen als in den Städten des Generalgouvernements. Angesichts der stärkeren Präsenz deutscher Partei- und Sicherheitsorgane durfte es keine kompromittierenden Schriftstücke geben. Zudem wurde der Aufbau einer breit organisierten Untergrundbewegung erschwert. Das Ausmaß und die Effektivität individueller Aktionen, wie der Unterricht durch Eltern oder Nachbarn, läßt sich aufgrund der wenigen Dokumente nicht wirklich zuverlässig einschätzen. Doch auch unter den schlechtesten Voraussetzungen bedeutete das geheime Schulwesen die Aufrechterhaltung eines Stückes Normalität und, angesichts der den Polen zgedachten Erziehung zu einem Volk von Hilfsarbeitern, die Selbstbehauptung ihrer Sprache und Kultur.

